

# mitarbeiten 03/2016

## Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.buergergesellschaft.de · www.mitarbeit.de · www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

### Impulspapier des Netzwerk Bürgerbeteiligung



## Integration braucht Beteiligung

**Trotz des politischen Streits um die zukünftige Migrations- und Flüchtlingspolitik sollte unstrittig sein, dass die Geflüchteten, die heute in Deutschland leben, neben dem Anrecht auf Schutz und Hilfe auch einen Anspruch auf Beteiligung haben. Das Netzwerk Bürgerbeteiligung stellt in einem aktuellen Impulspapier klar: Nur wenn die Geflüchteten selbst als aktiv Handelnde gewonnen und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, kann das neue Zusammenleben auf Dauer gelingen.**

**M**ehr als eine Million Menschen sind seit dem »Sommer des Willkommen« 2015 nach Deutschland gekommen. Wie viele der Geflüchteten dauerhaft bleiben werden und wie viele in absehbarer Zeit hinzukommen werden, wissen wir nicht.

Der längst begonnene Integrationsprozess konzentriert sich bislang zumeist auf Sprache, Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt. Ohne diese Herausforderungen gering zu schätzen, spricht sich das Netzwerk Bürgerbeteiligung in einem zehn Punkte umfassenden Impulspapier für eine Erweiterung der Handlungsfelder und für einen Perspektivenwechsel aus. Klar ist: »Integrationsprozesse können nur gelingen, wenn die Geflüchteten diese mitgestalten«.

Für diesen geforderten Perspektivenwechsel gibt es nach Ansicht des Netzwerks Bürgerbeteiligung zahlreiche gute Argumente. So sei es gerade für Menschen, die aus Regionen mit diktatorischen Regimen fliehen, wichtig, dass sie hierzulande »Demokratie leben und lernen« können. Formen der Beteiligung und des freiwilligen Engagements böten hierfür wichtige Impulse. Die so gemachten praktischen Selbstwirksamkeitserfahrungen seien zudem eine »wichtige entwicklungspolitische Mitgift«, wenn die Geflüchteten in ihre Heimatländer zurückkehrten.

Um den Integrationsprozess zu unterstützen, ist es aus Sicht des Netzwerks Bürgerbeteiligung grundsätzlich wichtig, die »Handlungsfä-

higkeit und die Gestaltungsmöglichkeiten der Geflüchteten von Beginn an« zu stärken, zum Beispiel durch die Einrichtung von »Flüchtlingsparlamenten«. Die Förderung der Beteiligung und des Engagements sollte künftig ein wichtiges Kriterium bei der Ausschreibung von Gemeinschaftsunterkünften sein.

Jede Initiative für Flüchtlinge müsse sich überlegen, wie sie den Geflüchteten selbst eine aktive und mitbestimmende Rolle verschaffen kann und welche unterstützenden Schritte dafür notwendig sind. Dies gelte auch für die zahlreichen Stiftungen und Bürgerstiftungen, die Förderprogramme für Geflüchtete aufgelegt haben – oft noch ohne Beteiligung der Betroffenen.

Begegnungen und persönliche Kontakte zwischen Einheimischen und den Neuangekommenen können dabei helfen, Fremdheit und Vorurteile abzubauen. Dafür brauche es »niedrigschwellige Kommunikationsorte und -angebote«. Zugleich gehe es um den oft spannungsreichen »Abgleich mit den Normen und Werten der Aufnahmegesellschaft«. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, die »Bereitschaft und Fähigkeit zum Dialog zu stärken«.

Gelingende Integration erfordert nicht zuletzt eine engagierte Kommunalpolitik. Das Netzwerk Bürgerbeteiligung spricht sich dafür aus, kommunale flüchtlingspolitische Qualitätsstandards zu entwickeln, bei denen Engagement und Beteiligung eine zentrale Rolle spielen. Auf kommunaler Ebene sollte zudem eine wirksame Interessenvertretung von Geflüchteten entstehen, die an bereits bestehende Instrumente wie Integrationsräte oder Ausländerbeiräte anknüpfen kann.

*Der vollständige Videovortrag von Prof. Dr. Roland Roth zum Impulspapier findet sich im Netz unter [www.mitarbeit.de/roth\\_vortrag\\_integration\\_2016](http://www.mitarbeit.de/roth_vortrag_integration_2016)*



## »Demokratie gemeinsam lernen und leben«

Fatmagül Tuncay ist Mediatorin und hat als interkulturelle Trainerin in der Erwachsenenbildung langjährige Erfahrung in der Projektleitung von interkulturellen Kooperationsprojekten. Im Gespräch erklärt sie, wieso interkulturelle Öffnung eine Querschnittsaufgabe der Gesellschaft ist und was Integration mit Demokratielernen zu tun hat.

**F**rau Tuncay, was bedeutet Interkulturelle Öffnung für Sie?

Interkulturelle Öffnung ist zunächst ein abstrakter Begriff, ähnlich wie der Begriff Integration. Interkulturelle Öffnung ist zum einen als Querschnittsaufgabe der Gesellschaft zu verstehen und adressiert sich an die Akteure der Aufnahmegesellschaft ebenso wie an die Akteure der Zugewanderten oder Geflüchteten. Zum anderen definiert der Begriff auch eine gesellschaftliche Gesamtvision: Wie definieren wir uns als Gesellschaft? Was für Leitbilder haben wir? Was ist unsere Vision von Gesellschaft und Zusammenleben? Aber interkulturelle Öffnung fängt natürlich auch ganz unten in der alltäglichen praktischen Basisarbeit an. Hier kann eine interkulturelle Haltung und das Bewusstsein einer interkulturellen Öffnung dem Gesamtprozess Integration sehr dienlich sein.

Allerdings wäre es hier aus meiner Sicht gut, aus den Fehlern der bishe-

rigen Integrationspolitik zu lernen und zukünftig weniger über die Zielgruppe Flüchtlinge oder Migrant/innen zu reden, sondern mehr mit ihnen. Denn Integration und Demokratisierung geht nur durch Partizipation. Das bedeutet, Orte und Räume zu öffnen und Angebote zu ermöglichen, in denen man gemeinsam etwas schafft. Dazu gehört, dass man Partizipation auch durch geeignete Strukturen ermöglicht, dass es keine gesetzlichen Restriktionen gibt, die gar nicht zulassen, dass Flüchtlinge aktiv mit entscheiden oder Verantwortung übernehmen können.

**Wie kann es praktisch gelingen, diesen angesprochenen Bewusstseinswandel hin zu einer interkulturellen Haltung zu vollziehen? Was braucht es für Fähigkeiten und Kompetenzen?**

Wichtig ist, seine eigene Haltung zu reflektieren, das ist der erste Schritt. Wir müssen als Akteure der Aufnahmegesellschaft vorhandene

persönliche und gesellschaftliche Vorurteile, Rassismen und Konflikte offen legen und benennen. Das heißt, die eigene Haltung, die eigene Konfliktfähigkeit und Toleranz voran zu bringen. Und das hat dann eine Signalwirkung an die Zugewanderten, die ihrerseits eine interkulturelle Haltung aufbauen müssen. Denn da kommen ja unterschiedliche Menschen mit beispielsweise unterschiedlichem religiösem Background zusammen, die untereinander auch Vorurteile und Konflikte haben. Wir dürfen aber keine Angst haben vor Konflikten, weil Konflikte ein enormes Entwicklungspotenzial bieten.

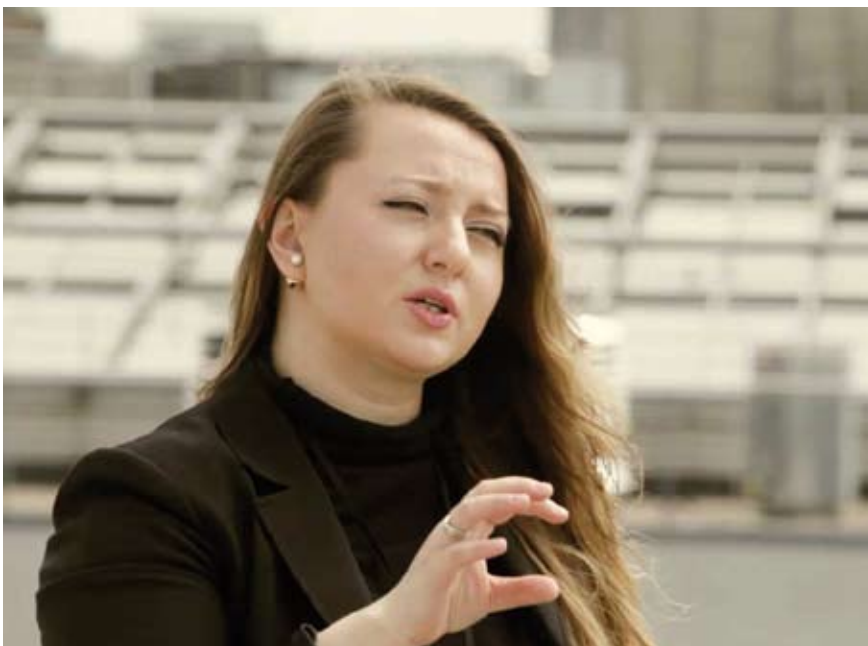
**Sind Konflikte eine Voraussetzung für Integration?**

Konflikte sind ein Katalysator. Wenn ich Konflikte erkenne, sie benenne und bearbeite, dann habe ich die Chance, mich weiter zu entwickeln. Das ist ja die Trias des Demokratisierungsprozesses: Ich habe auf der einen Seite die demokratische Grundhaltung, ich habe Partizipation als eine Form der erlebten und gelebten Demokratie, und dann habe ich eine Konfliktkultur im demokratischen Sinne, die es mir ermöglicht, Pluralität auszuhalten, andere Meinungen, andere Menschen wahrzunehmen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Und da auch Vorbild zu sein für Menschen, die aus Ländern kommen, in denen es überhaupt keine demokratische Kultur gibt, wo das Thema Anerkennung und freie Meinungsäußerung nie gelebt wurde. Hier sehe ich die Chance, dass man Demokratie gemeinsam lebt und lernt.

**Also ist Integration auch ein Prozess des Demokratielernens, der von allen Menschen, die hier leben, geleistet werden muss?**

Definitiv. Demokratie ist ja nicht in Stein gemeißelt, es ist eine Haltung, es ist ein Lernweg, aber auch ein Lernziel. Demokratie ist nicht nur ein Verfassungsgebot, sondern ich muss es mit Leben füllen. Insofern bietet das Thema Flucht und Migration die Chance, das demokratische Entwicklungspotenzial unserer Gesellschaft enorm zu stärken.

Das vollständige Videogespräch im Netz unter [http://www.mitarbeit.de/fatmagul\\_tuncay\\_interview\\_integration2016.html](http://www.mitarbeit.de/fatmagul_tuncay_interview_integration2016.html)





## Bürgerbeteiligung schafft Zukunft

Mit dem erstmals vergebenen Preis »Bürgerbeteiligung schafft Zukunft« hat die Stiftung Mitarbeit die Stadt Heidelberg und Prof. Helmut Klages für ihre Verdienste bei der Etablierung der Bürgerbeteiligung als kommunales Handlungsprinzip ausgezeichnet. »Die Stadt Heidelberg hat Wegweisendes geleistet. Sie ist bundesweit zum Vorbild für eine neue Praxis kommunaler Bürgerbeteiligung geworden. Professor Helmut Klages hat zu diesem erfolgreichen Weg entscheidend beigetragen. Diese Pionierleistungen wollen wir mit dem Preis würdigen«, begründet Hanns-Jörg Sippel, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Mitarbeit, die Preisvergabe.

**T**ransparenz schaffen, Vertrauen zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Politik aufbauen und eine kommunale Beteiligungskultur entwickeln: dazu sollen die »Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung« der Stadt Heidelberg beitragen. Sie bilden die Grundlage für alle

laufenden Bürgerbeteiligungsverfahren in Heidelberg. Die Leitlinien wurden von einem dialogisch mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung und Bürgerschaft besetzten Arbeitskreis erarbeitet und 2012 einstimmig vom Gemeinderat der Stadt Heidelberg beschlossen.

»Ich bin stolz und ich freue mich sehr, dass unsere Arbeit und unser Engagement für eine mitgestaltende Bürgerbeteiligung honoriert wird und wir mit diesem Preis der Stiftung Mitarbeit ausgezeichnet werden«, erklärt der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, Prof. Eckart Würzner, anlässlich der Preisvergabe. »Bürgerbeteiligung lebt vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, dass ihre Anliegen gehört und ernst genommen werden. So entstand bei uns in Heidelberg die Überzeugung, dass eine kommunale Beteiligungskultur Verlässlichkeit und verbindliche Regelungen für die Mitwirkungsrechte der Bürgerschaft erfordert.«

Frank Zimmermann, Leiter der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung der Stadt Heidelberg, erläutert die Wirkungen des »Heidelberger Modells«: »Durch eine Verstetigung können die positiven Effekte der Bürgerbeteiligung, etwa verbesserte inhaltliche Lösungen und Verfahrenslegitimation, dauerhaft erreicht werden. Entscheidend ist dabei die Verstetigung der Mitwirkungsmöglichkeiten.«

Mit dem Preis ist die Herausgabe einer Publikation verbunden, die den Heidelberger Weg der Institutionalisierung der Bürgerbeteiligung nachzeichnen und die praktischen Beteiligungserfahrungen reflektieren wird. Sie erscheint im kommenden Jahr im Verlag der Stiftung Mitarbeit.

Weiterführende Informationen unter [www.mitarbeit.de/1783.html](http://www.mitarbeit.de/1783.html)

## Integration heißt Teilhabe

Rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung trafen sich Mitte Juni 2016 in Berlin. Gemeinsam mit Flüchtlingen und Zuwander/innen ging es um die unterschiedlichen Perspektiven auf Partizipation und Engagement für, mit und von Flüchtlingen. Den Auftakt der Tagung bildete ein Vortrag der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Aydan Özoğuz.

Texte und Bilder, Studien, Vorträge und Interviews wie auch die Handlungsempfehlungen der thematischen Workshops der Tagung finden sich im Netz unter [www.mitarbeit.de/integration\\_teilhabe.html](http://www.mitarbeit.de/integration_teilhabe.html)



Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Aydan Özoğuz

## Kinder- und Jugendbeteiligung

Schwerpunkt des Seminars (18.–19. November 2016 in Bielefeld) ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune und im Wohnumfeld. Das Seminar setzt sich mit Grundlagen der Kinder- und Jugendbeteiligung auseinander und stellt erfolgreiche Praxisbeispiele und Formate aus Kommunen vor. Gemeinsam mit den Teilnehmer/innen werden die Folgerungen für die eigene Beteiligungspraxis dis-

kutiert. Das Seminar richtet sich an Verantwortliche aus Kommunen, Jugendverbänden und von Trägern offener Jugendarbeit sowie Prozessgestalter/innen, die Kinder und Jugendliche wirkungsvoll in der Kommune beteiligen wollen. Kooperationspartnerin ist die *Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung NRW*.

*Nähere Informationen bei Claudia Leinauer (leinauer@mitarbeit.de)*

## Starthilfeförderung

Die Stiftung Mitarbeit fördert neue Initiativen, Gruppen und Projekte kleinerer lokaler Organisationen in den Bereichen Soziales, Politik, (Erwachsenen-)Bildung, Kultur, Umweltschutz, Gesundheit und Kommunales. Wesentlich ist dabei, dass die förderfähigen Aktionen beispielhaft aufzeigen, wie Zusammenschlüsse von freiwillig engagierten Menschen das Leben in

unserer Gesellschaft mitbestimmen und mitgestalten können. Die Starthilfeförderung will auf diese Weise Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich an Gemeinschaftsaufgaben aktiv zu beteiligen und demokratische Mitverantwortung zu übernehmen. Nächste Antragsfrist ist der 4. November 2016.

*Nähere Informationen bei Corinna Asendorf (asendorf@mitarbeit.de)*

## Interkulturelle Kompetenz

Das Seminar (21.–22.10.2016 in Nürnberg) zeigt, wie der Aufbau von interkultureller Kompetenz in ehrenamtlich tätigen Gruppen gelingen kann. Neben der persönlichen Ebene widmet sich das Seminar zudem Herangehensweisen, mit deren Hilfe die »Interkulturelle Öffnung« der eigenen Organisation oder Gruppe geplant und umgesetzt werden kann. Im Mittelpunkt des Seminars stehen die Frage-

stellungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie reflektieren die eigene kulturelle Prägung und diskutieren Möglichkeiten zum konkreten Umgang mit kulturellen Irritationen. Das Seminar richtet sich an freiwillig Engagierte und hauptamtliche Mitarbeiter/innen in Organisationen, Gruppen, Projekten und Initiativen.

*Nähere Informationen bei Claudia Leinauer (leinauer@mitarbeit.de)*

## Die Stiftung Mitarbeit trauert um ihr Gründungsmitglied Walter Scheel



Mit dem Bundespräsidenten a. D. verliert die Stiftung Mitarbeit eine ihre Anfangsjahre prägende Persönlichkeit, die immer wieder entscheidend

zur weiteren Entwicklung der Stiftung Mitarbeit beigetragen hat.

Walter Scheel, geb. am 8. August 1919, war seit 1963 im Kuratorium der Stiftung Mitarbeit engagiert. Schon ein Jahr vorher hatte er als

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit zusammen mit Willy Brandt, dem damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, den Aufruf zur Gründung der Stiftung mit unterzeichnet. Im Anschluss blieb der gebürtige Solinger der Stiftung Mitarbeit über viele Jahrzehnte freundschaftlich verbunden.

Die Stiftung Mitarbeit blickt mit dankbarer Erinnerung auf die Jahre seiner aktiven Unterstützung der Stiftung zurück. Sie wird Walter Scheel stets ein ehrendes Andenken bewahren.

### Tagung

## Bewegte Zeiten!

Die Flüchtlingshilfe hat gezeigt, wie viel Energie in der Zivilgesellschaft steckt. Damit diese Energie richtig zur Geltung kommt, braucht es stimmige (politische) Rahmenbedingungen. Zurzeit lässt sich allerdings beobachten, dass das Engagement zwar im Rahmen der »Anerkennungskultur« gewürdigt wird, sich jedoch strukturell zu wenig ändert. Es droht die Gefahr, dass das Engagement als politische Kraft wieder in der Bedeutungslosigkeit versinkt.

Welche Rollen können freiwilliges Engagement und Freiwilligenagenturen als engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen in Zeiten gesellschaftlichen Wandels spielen? Können veränderte Engagementmotive und neue, selbstorganisierte Engagementformen zu einer neuen Kultur des »Sich-Einmischens« beitragen?

Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der Jahrestagung der Freiwilligenagenturen, -börsen und -zentren (7.–9. November 2016 in Bremen). Es wird darum gehen, wie sich Engagierte in gesellschaftlichen Umbrüchen bewegen und wie sich das Engagement selbst verändert und immer wieder neu erfindet.

*Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de)*

### Impressum

mitarbeiten  
Informationen der  
Stiftung Mitarbeit  
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:  
Ulrich Rüttgers, Hanns-Jörg Sippel

Stiftung Mitarbeit  
Ellerstr. 67  
53119 Bonn  
Telefon (02 28) 6 04 24-0  
Telefax (02 28) 6 04 24-22  
E-Mail info@mitarbeit.de  
www.mitarbeit.de  
www.buergergesellschaft.de  
www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel (Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Monika Kunz (Vorsitzende)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg  
(BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung Mitarbeit wird vom Bundesministerium des Innern gefördert.